

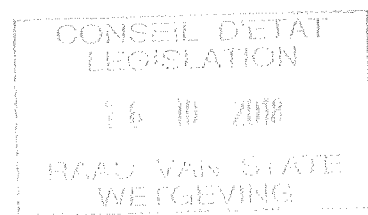
## REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:



Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

64455 / 3

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line.

**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER FRANZÖSISCHEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION IN BRÜSSEL, DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION IN BRÜSSEL UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ÜBER MOBILITÄTSHILFEN**

**INHALTSANGABE**

Durch das vorliegende Dekret soll das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaftskommission in Brüssel, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Mobilitätshilfen gebilligt werden.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized capital 'A' followed by a horizontal line extending to the right.

## INHALTSVERZEICHNIS

|                                                                                                                                                                                                                                                                   | Seite |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| <b>Begründung</b> .....                                                                                                                                                                                                                                           | 4     |
| Allgemeine Erläuterungen.....                                                                                                                                                                                                                                     | 4     |
| Bemerkungen zum Gutachten der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben.....                                                                                                                                                                                        | 7     |
| Kommentar zu dem einzigen Artikel.....                                                                                                                                                                                                                            | 8     |
| <b>Vorentwurf</b> .....                                                                                                                                                                                                                                           | 9     |
| Gutachten der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben .....                                                                                                                                                                                                       | 10    |
| <b>Anlage</b>                                                                                                                                                                                                                                                     |       |
| Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaftskommission in Brüssel, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Mobilitätshilfen..... | 11    |



## BEGRÜNDUNG

### ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

#### 1. Allgemeine Beschreibung

Mit der sechsten Staatsreform sind zahlreiche Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Kranken- und Invalidenversicherung auf die Gemeinschaften und Regionen übertragen worden. Diese Übertragung hat dazu geführt, dass teils bestehende Gesetze übernommen, teils aber auch neue Rechtsvorschriften ausgearbeitet wurden. Um zu vermeiden, dass hierdurch Schwierigkeiten oder unerwünschte Folgen entstehen, schließen die betroffenen Regionen und Gemeinschaften ein Zusammenarbeitsabkommen ab.

Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen betrifft die Mobilitätshilfen, und zwar sowohl jene Mobilitätshilfen, die aufgrund des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014 über die sechste Staatsreform auf die Gemeinschaften und Regionen übertragen und die zuvor über die Kranken- und Invalidenversicherung von der Föderalregierung erstattet wurden, als auch jene Mobilitätshilfen, die bereits im Rahmen der Zuständigkeit der Gemeinschaften für die Behindertenpolitik von letzteren erstattet wurden (Ar. 5 §1 II Nummer 4 des Sondergesetzes über die Reform der Institutionen).

Für dieses Zusammenarbeitsabkommen gelten folgende grundlegende Prinzipien:

- Gewährleistung der Kontinuität der Dienstleistungen;
- Gewährleistung der Rechtssicherheit.

Um die Einhaltung dieser Grundsätze sicherzustellen, legt das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen klare Kriterien fest, die – zum Beispiel bei einem Umzug – darüber entscheiden, welchem Teilstaat die Erstattung der Mobilitätshilfe obliegt. Darüber hinaus werden im Rahmen des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens mehrere Maßnahmen ergriffen, um zu vermeiden, dass etwa bei einem Umzug das gesamte Antragsverfahren erneut durchgeführt werden muss.

Ziel der Staatsreform war, den Gemeinschaften und Regionen jeweils die Gestaltung ihrer eigenen Politik zu erlauben. Im vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen wird darauf geachtet, dass diese Autonomie nicht zu einer ungerechtfertigten Erhöhung des Verwaltungsaufwands für den Bürger und alle beteiligten Akteure führt, und dass hierdurch die Zuständigkeit der einzelnen Teilstaaten zur Festlegung ihrer eigenen Verfahren und Maßnahmen nicht beeinträchtigt wird.

Für den Bürger bedeutet dies, dass die Unterlagen für die Beantragung von Mobilitätshilfen im Fall des Verleihs (ärztliche Verschreibung, Indikation etc.) auch dann gültig sind, wenn die Person nach Antragstellung, jedoch vor Bereitstellung der Mobilitätshilfe, in das Gebiet eines anderen Teilstaats umzieht. In diesem Fall ist das Verfahren des neuen Teilstaates zu befolgen.

Für die professionellen Akteure wie Bandagisten und Orthopädietechniker bedeutet dies, dass eine Anerkennung in einem der Teilstaaten einer Anerkennung in den anderen Teilstaaten gleichkommt, jeder Teilstaat jedoch die Möglichkeit hat, zusätzliche Kriterien vorzuschreiben, etwa bezüglich der Zielgruppe der rasch fortschreitenden degenerativen Erkrankungen. Die Gleichwertigkeit der Anerkennungen stellt den Ausgangspunkt dar, lässt jedoch jedem Teilstaat den Freiraum, spezifische Kriterien oder Kenntnisse abhängig von spezifischen Leistungen zu verlangen.



Für Hersteller und Händler von Mobilitätshilfen bedeutet dies, dass ein System vorliegen wird, in dem sie nur einmal die Zulassung eines Produkts beantragen müssen. Bei diesem Punkt behalten die verschiedenen Teilstaaten die Autonomie, die Erstattung zu genehmigen und festzulegen. Dies gilt nicht für die Deutschsprachige Gemeinschaft, da diese nicht mehr mit Produktlisten arbeitet.

## **2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens**

### **Artikel 1**

Dieser Artikel führt die beim Entwurf des Zusammenarbeitsabkommens verwendeten Begriffsbestimmungen auf.

### **Artikel 2**

Mit der sechsten Staatsreform sind verschiedene Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Kranken- und Invalidenversicherung auf die Gemeinschaften und Regionen übertragen worden. Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen bezieht sich jedoch nur auf Mobilitätshilfen. In Bezug auf die weiteren Zuständigkeiten werden weitere Zusammenarbeitsabkommen abgeschlossen werden.

### **Artikel 3**

Das Zusammenarbeitsabkommen ist auf jede Person mit Wohnsitz in Belgien sowie auf Personen mit Anspruchsberechtigung auf Basis europäischer oder internationaler Rechtsvorschriften anwendbar.

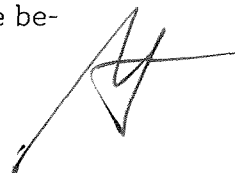
### **Artikel 4**

In diesem Artikel legen die beteiligten Gemeinschaften und Regionen die Grundprinzipien des Zusammenarbeitsabkommens fest: Leistungskontinuität und Rechtssicherheit. Damit möchten die Teilstaaten vermeiden, dass einzelne Personen aufgrund etwaiger Lücken oder Unvereinbarkeiten der neuen Vorschriften, die die Gemeinschaften und Regionen im Rahmen der Umsetzung der sechsten Staatsreform erlassen werden, keinen Zugang zu einer Mobilitätshilfe haben.

### **Artikel 5**

Als ausschlaggebendes Kriterium dafür, welcher Teilstaat für die Bereitstellung einer Mobilitätshilfe und ihre Finanzierung zuständig ist, dient der Wohnsitz des Antragstellers. Für Personen, die ihre Anspruchsberechtigung auf Basis europäischer oder internationaler Rechtsvorschriften geltend machen, gilt der Unternehmenssitz des Arbeitgebers als ausschlaggebendes Kriterium. Für Personen, die pensioniert sind und ein Anrecht auf eine belgische Pension haben, aber in einem anderen Mitgliedstaat wohnen, ist der Unternehmenssitz des letzten Arbeitgebers, bei dem die Person vor ihrer Pensionierung tätig war, das ausschlaggebende Kriterium.

Paragraf 1 Absatz 2 dieses Artikels bezieht sich speziell auf Brüssel. Jede Person mit Wohnsitz in Brüssel, die in Flandern sozialversichert ist, kann sowohl beim flämischen Sozialschutz als auch bei der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission eine Mobilitätshilfe beantragen.



Jeder Teilstaat verfügt über seine eigenen Antragsverfahren und -formulare. Diese Verfahren müssen bei der Stellung eines Antrags befolgt werden. Überdies muss das Antragsformular des betroffenen Teilstaates verwendet werden. Der Arzt, die indikationsstellende Einrichtung oder der Bandagist müssen hingegen nicht unbedingt in dem Teilstaat ansässig sein, in der der Antrag gestellt wurde.

#### **Artikel 6**

Um zu vermeiden, dass beim Umzug einer pflegebedürftigen Person ein bereits eingeleiteter Antrag gänzlich neu gestellt werden muss, einigen sich alle Teilstaaten darauf, dass die Antragsunterlagen mit sämtlichen relevanten Informationen an den Anspruchsberechtigten oder an die für die weitere Bearbeitung des Antrags zuständige Stelle des künftig zuständigen Teilstaats übermittelt werden. Der künftig zuständige Teilstaat kann daraufhin den neuen oder den laufenden Antrag (Verleih) auf Grundlage dieser Angaben bearbeiten, die gegebenenfalls um die im Rahmen des Verfahrens des neuen Teilstaates verlangten Auskünfte ergänzt werden und entscheiden.

#### **Artikel 7**

In dem Fall, dass eine Mobilitätshilfe über ein Verleihsystem bereitgestellt wird, verpflichtet sich der verleihende Teilstaat, sicherzustellen, dass Personen, die in einen anderen Teilstaat umziehen, die verliehene Mobilitätshilfe drei weitere Monate lang nutzen können. Auf diese Weise wird der betroffenen Person ausreichend Zeit gelassen, einen neuen Antrag an den neuen Teilstaat zu stellen.

#### **Artikel 8**

Zieht eine Person um, nachdem sie einen Antrag auf eine Mobilitätshilfe gestellt hat und bevor eine Entscheidung getroffen wurde, so wird das gesamte Verfahren in dem Teilstaat zum Abschluss gebracht, in der dieser Antrag gestellt wurde. Der Teilstaat, der die Entscheidung fällt, ist auch für die Erstattung der Mobilitätshilfe zuständig.

Im Fall eines Verleihsystems wird das weitere Verfahren in dem anderen Teilstaat bearbeitet. Alle relevanten Informationen werden der Person, die der Gesundheitsleistung bedarf, von der Anlaufstelle bereitgestellt, die für die weitere Bearbeitung des Antrags zuständig ist. Das Ziel besteht darin, die ärztlichen Verschreibungen, Indikationen oder Berichte gemäß Artikel 6 weiterverwenden zu können, die bereits im Rahmen des ursprünglich bestehenden Antrags eingereicht wurden.

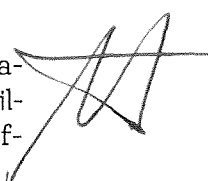
#### **Artikel 9**

Im Fall eines Umzugs gelten nicht länger die Verlängerungsbedingungen des ursprünglichen Teilstaates, sondern es werden die Bedingungen des neuen Teilstaates angewendet.

#### **Artikel 10**

Personen, die in einem Teilstaat als Bandagisten/Orthopädietechniker für Mobilitätshilfen anerkannt sind, genießen in den anderen Teilstaaten eine gleichwertige Behandlung. Sie sind somit berechtigt, in dem anderen Teilstaat Leistungen zu erbringen und in Rechnung zu stellen, sofern das Verfahren des jeweiligen Teilstaates befolgt wurde.

Jeder Teilstaat behält die Zuständigkeit, die Zulassung oder Gleichstellung eines Bandagisten auszusetzen oder zu entziehen, falls dieser die Bedingungen der betreffenden Teilstaates oder die zusätzlichen Bedingungen, die ein Teilstaat spezifischen Zielgruppen auf-



erlegen kann, nicht erfüllt. Im Fall der Aussetzung oder des Entzugs der Gleichstellung oder Zulassung eines Bandagisten müssen die anderen Teilstaaten hierüber in Kenntnis gesetzt werden.

#### **Artikel 11**

Teilstaaten sind berechtigt, ihren Bandagisten/Orthopädietechnikern auf dem Gebiet der Mobilitätshilfen zusätzliche Anerkennungskriterien aufzuerlegen. Diese Vorgaben sind somit im Rahmen von Gleichstellungen anwendbar. In anderen Worten: Bandagisten, die die zusätzlichen Kriterien eines Teilstaates nicht erfüllen, können in diesem Teilstaat nicht gleichgestellt werden. Die Teilstaaten verpflichten sich jedoch, sich miteinander abzusprechen, bevor sie zusätzliche Vorgaben festlegen.

#### **Artikel 12**

Belgien ist ein kleiner Markt für die Hersteller und Händler von Mobilitätshilfen. Müsste der Antrag auf Anerkennung eines Produkts im Zuge der Staatsreform in drei Exemplaren erfolgen, so würde der Markt weiter schrumpfen, was sich zudem negativ auf den Anschaffungspreis einer Mobilitätshilfe auswirken würde. Somit wurde vereinbart, ein System zu entwickeln, nach dem ein Antrag auf Anerkennung eines Produkts nur ein einziges Mal einzureichen ist, wobei jeder Teilstaat – mit Ausnahme der Deutschsprachigen Gemeinschaft – seine Autonomie bezüglich der Anerkennung der Hilfe und der Festlegung des zu gewährenden Betrags behält.

#### **Artikel 13**

Es ist wichtig, Fachwissen und Erfahrungen über Mobilitätshilfen austauschen zu können. In der Tat gibt es auf diesem Gebiet nur eine relativ begrenzte Anzahl an Fachleuten. Aus diesem Grund verpflichten sich die Teilstaaten, ihre beratenden Gremien für Beobachter aus den anderen Teilstaaten zu öffnen.

#### **Artikel 14**

Darüber hinaus wird ein Beratungsforum eingerichtet, in dem das Fachwissen der verschiedenen Teilstaaten gebündelt wird, um einen Wissensaustausch zu ermöglichen und die Harmonisierung bei der Anerkennung der Produkte zu erleichtern.

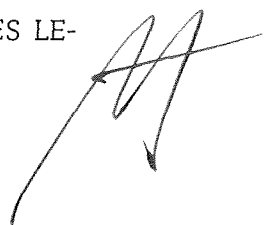
#### **Artikel 15**

Der Datenaustausch stellt einen wichtigen Aspekt des Zusammenarbeitsabkommens dar. So ist der Datenaustausch zum Beispiel eine Grundvoraussetzung für die Anwendung von Kumulierungsregeln und Regeln für die Fristen von Gebührenaktualisierungen.

#### **Artikel 16**

Dieser Artikel legt das Datum des Inkrafttretens des Zusammenarbeitsabkommens fest und sieht eine Ausnahme zu Artikel 12 vor, der an einem gemeinsamen Zeitpunkt in Kraft tritt, dies mittels Beschlussfassung durch jede der zuständigen Regierungen. Dieser Artikel regelt auch die Kündigungsmodalitäten.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER DIENSTSTELLE FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN



Die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat am 7. September ihr Gutachten zum Dekretvorentwurf abgegeben.

In diesem Gutachten wurde der Inhalt des Dekretes und des Zusammenarbeitsabkommens angesichts der Sicherung der Kontinuität der Dienstleistung sowie der Rechtssicherheit sehr begrüßt. Es wurden auch einige Änderungen vorgeschlagen:

Bezüglich Artikel 2 bemerkte die Dienststelle, dass der Kommentar zu dem Artikel so ausgelegt werden könnte, dass sich der Anwendungsbereich des Zusammenarbeitsabkommens nur auf die durch die 6. Staatsreform übertragenen Mobilitätshilfen beschränkt.

Dem ist allerdings nicht so. Im Kommentar zu Artikel 2 wird dargelegt, dass im Rahmen der 6. Staatsreform zahlreiche Zuständigkeiten übertragen wurden, aber das Zusammenarbeitsabkommen nur die Mobilitätshilfen betrifft. Der weiteren Begründung des Dekretvorentwurfs ist zu entnehmen, dass das Abkommen nicht nur die durch die 6. Staatsreform übertragenen Mobilitätshilfen betrifft, sondern auch solche, für die die Gemeinschaften auch schon vorher zuständig waren.

In Bezug auf die Artikel 6 und 8 bemängelt die Dienststelle, dass sich aus den Artikeln nicht ableiten lässt, in welchen Situationen sie angewendet werden müssen.

Angesichts der Tatsache, dass die Artikel und die entsprechenden Kommentare aus Sicht der Regierung und auch aus Sicht der anderen Teilstaaten klar ausformuliert wurden und die Dienststelle an diesem Prozess beteiligt war, werden diesbezüglich keine Änderungen vorgenommen.

#### KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

##### **Einziger Artikel**

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales  
A. ANTONIADIS



## VORENTWURF

**Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaftskommission in Brüssel, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Mobilitätshilfen**

**Einziges Artikel** – Das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaftskommission in Brüssel, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Mobilitätshilfen wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident  
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales  
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a horizontal stroke and a small dot at the end.

**GUTACHTEN DER DIENSTSTELLE FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN**

Als Anlage separat beigefügt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line and a small loop.

**ANLAGE**

**Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaftskommission in Brüssel, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Mobilitätshilfen**

Als Anlage separat beigefügt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line and a small hook.

## **REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET SAMENWER-  
KINGSAKKOORD TUSSEN DE VLAAMSE GEMEENSCHAP, HET WAALSE GEWEST, DE  
FRANSE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE, DE GEMEENSCHAPPELIJKE GEMEENSCHAPS-  
COMMISSIE EN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE DE MOBILITEITS-  
HULPMIDDELEN**

**INHOUD**

Dit decreet strekt ertoe instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschapscommissie, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de mobiliteitshulpmiddelen.

## INHOUDSOPGAVE

|                                                                                                                                                                                                                               | Pagina |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>Memorie van toelichting</b> .....                                                                                                                                                                                          | 4      |
| Algemene toelichting.....                                                                                                                                                                                                     | 4      |
| Opmerkingen bij het advies van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.....                                                                                                                       | 7      |
| Bespreking van het enige artikel.....                                                                                                                                                                                         | 8      |
| <b>Voorontwerp</b> .....                                                                                                                                                                                                      | 9      |
| Advies van de dienst voor zelfbeschikkend leven.....                                                                                                                                                                          | 10     |
| <b>Bijlage</b>                                                                                                                                                                                                                |        |
| Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschapscommissie, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de mobiliteitshulpmiddelen..... | 11     |

## MEMORIE VAN TOELICHTING

### ALGEMENE TOELICHTING

#### **1° Algemene beschrijving**

Met de Zesde Staatshervorming werden heel wat bevoegdheden op het gebied van de ziekte- en invaliditeitsverzekering van het federale beleidsniveau overgeheveld naar de gewesten en de gemeenschappen. Dit heeft ertoe geleid dat bestaande regelgeving werd herschreven of dat nieuwe regelgeving werd uitgewerkt. Om te vermijden dat hierdoor moeilijkheden of ongewenste effecten ontstaan, sluiten de betrokken gewesten en gemeenschappen een samenwerkingsakkoord af.

Dit samenwerkingsakkoord heeft betrekking op de mobiliteitshulpmiddelen: zowel de mobiliteitshulpmiddelen die werden overgedragen naar de gemeenschappen en de gewesten met de Bijzondere Wet van 6 januari 2014 met betrekking tot de Zesde Staatshervorming en voorheen vergoed werden door de federale overheid via de ziekte- en invaliditeitsverzekering als de mobiliteitshulpmiddelen die al door de gemeenschappen vergoed worden op grond van hun bevoegdheid inzake het beleid van personen met een handicap (art. 5, § 1, II, 4° Bijzondere Wet tot Hervorming der Instellingen).

De basisprincipes van dit samenwerkingsakkoord zijn:

- Het verzekeren van de continuïteit in de dienstverlening;
- Het garanderen van de rechtszekerheid.

Om deze principes te garanderen wordt in dit samenwerkingsakkoord duidelijk omschreven welke criteria gehanteerd worden om - bv. bij verhuis - te bepalen welke deeltentiteit zal instaan voor de vergoeding van het mobiliteitshulpmiddel. Tevens worden in dit samenwerkingsakkoord een aantal maatregelen genomen om - bv. bij verhuis - te vermijden dat de aanvraagprocedure helemaal opnieuw moet gestart worden.

De finaliteit van een staatshervorming is dat de gemeenschappen en gewesten een eigen beleid kunnen uitstippelen. In dit samenwerkingsakkoord waken we erover dat deze autonomie niet leidt tot een onbillijke toename van de administratieve lasten bij de burger en bij alle betrokken actoren, zonder dat hierbij afbreuk wordt gedaan aan de bevoegdheid van iedere deeltentiteit om eigen procedures en maatregelen uit te werken.

Voor de burger betekent dit dat de documenten voor een aanvraag van een mobiliteitshulpmiddel bij renting (medisch voorschrift, indicatiestelling,...) ook gelden, als de persoon - na de aanvraag, maar voor de aflevering van het mobiliteitshulpmiddel - verhuist naar een andere deeltentiteit. In dat geval zal dan wel de procedure van de nieuwe entiteit moeten gevolgd worden.

Voor de professionele actoren zoals bandagisten en orthopedische technologen betekent dit dat een erkenning in één van de deeltentiteiten wordt gelijkgesteld met een erkenning in de andere deeltentiteiten, maar dat iedere deeltentiteit de mogelijkheid heeft om - bv. voor de doelgroep van snel degeneratieve aandoeningen - bijkomende criteria op te leggen. Gelijkwaardigheid van de erkenningen is het uitgangspunt, waarbij iedere deeltentiteit de mogelijkheid gelaten wordt om specifieke criteria of competenties te eisen in functie van specifieke prestaties.

Voor de producenten en distributeurs van mobiliteitshulpmiddelen betekent dit dat we afspreken om een systeem uit te bouwen, waarbij producenten en leveranciers slechts één keer een aanvraag tot validering van een product moeten doen. Daarbij behouden de verschillende deeltentiteiten de autonomie om te valideren en de vergoeding te bepalen. Dit geldt niet voor de Duitstalige Gemeenschap, aangezien die niet met productenlijsten werkt.

## **2° Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord**

### **Artikel 1**

Dit artikel bevat een opsomming van definities die gebruikt worden in het ontwerp van samenwerkingsakkoord.

### **Artikel 2**

Met de Zesde Staatshervorming werden verschillende bevoegdheden op het gebied van de ziekte- en invaliditeitsverzekering van het federale beleidsniveau overgeheveld naar de gewesten en de gemeenschappen. Dit samenwerkingsakkoord heeft echter enkel betrekking op de mobiliteitshulpmiddelen. Voor de overige bevoegdheden worden afzonderlijke samenwerkingsakkoorden afgesloten.

### **Artikel 3**

Het samenwerkingsakkoord heeft betrekking op iedereen die zijn woonplaats heeft in België en op personen die rechten openen binnen de toepassing van de Europese en internationale regelgeving.

### **Artikel 4**

In dit artikel leggen de betrokken gemeenschappen en gewesten de basisprincipes van het samenwerkingsakkoord vast: continuïteit in de dienstverlening en rechtszekerheid. Hiermee willen de deeltentiteiten vermijden dat personen verstoken blijven van een mobiliteitshulpmiddel omwille van mogelijke lacunes of onverenigbaarheden in nieuwe regelgeving die de gemeenschappen en gewesten in uitvoering van de Zesde Staatshervorming zullen uitvaardigen.

### **Artikel 5**

Als criterium om te bepalen welke deeltentiteit instaat voor het verlenen van het mobiliteitshulpmiddel en voor de financiering ervan hanteren we de woonplaats van de aanvrager. Voor personen die gebruik maken van hun recht op vrij verkeer is dat de deeltentiteit waarin de exploitatiezetel van de werkgever van de aanvrager zich bevindt. Voor personen die gepensioneerd zijn en recht hebben op een Belgisch pensioen en wonen in een andere Lidstaat, is het de exploitatiezetel van de werkgever van de aanvrager waar hij werkte voor zijn pensioen.

Het tweede lid van paragraaf 1 van dit artikel handelt specifiek over Brussel. Wie in Brussel woont en aangesloten is bij een Vlaamse zorgkas kan zijn aanvraag voor een mobiliteitshulpmiddel zowel bij de Vlaamse Sociale Bescherming indienen als bij de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie.

Iedere deeltentiteit heeft zijn eigen aanvraagprocedures en aanvraagformulieren. Bij het indienen van een aanvraag moeten deze procedures gevolgd worden. Tevens moet het

aanvraagformulier van de betrokken deeltentiteit gebruikt worden. De arts, de indicaties-teller of de bandagist hoeven echter niet gedomicilieerd te zijn in de deeltentiteit waar de aanvraag wordt ingediend.

#### **Artikel 6**

Om te vermijden dat bij verhuis van een persoon met een zorgbehoefte een aanvraag die reeds gestart is, volledig opnieuw moet worden ingediend spreken alle deeltentiteiten af dat het dossier met alle relevante informatie wordt bezorgd aan de rechthebbende of aan het loket dat instaat voor de verdere afhandeling van het dossier. De nieuwe deeltentiteit kan de nieuwe of lopende aanvraag (renting) bewerken op basis van die gegevens – desgevallend aangevuld met gegevens die volgens de procedure van de nieuwe entiteit noodzakelijk zijn – en een beslissing nemen.

#### **Artikel 7**

Als een mobiliteitshulpmiddel middels een rentingsysteem ter beschikking wordt gesteld, dan verbindt de uitlenende deeltentiteit zich ertoe dat de personen die naar een andere deeltentiteit verhuizen nog drie maanden verder gebruik kunnen maken van het verhuurde mobiliteitshulpmiddel. Op die manier krijgt de betrokken persoon voldoende tijd om een nieuwe aanvraag in te dienen in de nieuwe deeltentiteit.

#### **Artikel 8**

Als een persoon verhuist nadat hij een aanvraag voor een mobiliteitshulpmiddel heeft ingediend en voor de beslissing genomen is, dan wordt de hele procedure verder afgewerkt in de deeltentiteit waar de aanvraag werd ingediend. De deeltentiteit die de beslissing neemt staat ook in voor de vergoeding van het mobiliteitshulpmiddel.

In geval van een verhuursysteem wordt de verdere procedure afgehandeld in de andere deeltentiteit. Alle relevante informatie wordt bezorgd aan de persoon die de gezondheidsverstrekking nodig heeft of aan het loket dat instaat voor de verdere behandeling van het dossier. Bedoeling is dat medische voorschriften, indicatiestellingen of rapporten die in het kader van de lopende oorspronkelijke aanvraag reeds ingediend werden, hergebruikt kunnen worden conform artikel 6.

#### **Artikel 9**

Bij verhuis gelden niet langer de hernieuwingstermijnen van de oorspronkelijke deeltentiteit, maar wel de termijnen van de nieuwe deeltentiteit.

#### **Artikel 10**

Wie in een deeltentiteit als bandagist/orthopedisch technoloog voor mobiliteitshulpmiddelen erkend is, wordt in de andere deeltentiteiten gelijkgesteld. Hij kan dus ook in de andere deeltentiteit verstrekkingen uitvoeren en factureren op voorwaarde dat hij de procedure van de betrokken deeltentiteit volgt.

Iedere deeltentiteit behoudt wel de bevoegdheid om de gelijkstelling van een bandagist te schorsen of in te trekken als hij niet aan de voorwaarden van de betrokken deeltentiteit voldoet of niet aan de bijkomende criteria voldoet die een deeltentiteit kan opleggen voor specifieke doelgroepen. Als een deeltentiteit de gelijkstelling van een bandagist schorst of intrekt, dan moeten de andere entiteiten daarvan op de hoogte gebracht worden.

### **Artikel 11**

Een deelenentiteit kan bijkomende criteria opleggen voor zijn bandagisten/orthopedische technologen in het kader van de mobiliteitshulpmiddelen. Deze voorwaarden gelden dan ook in het kader van de gelijkstelling. Met andere woorden: een bandagist die niet aan de bijkomende criteria van een deelenentiteit beantwoordt, kan in die deelenentiteit niet gelijkgesteld worden. De deelenentiteiten spreken af om met mekaar in overleg te gaan, vooraleer bijkomende voorwaarden worden opgelegd.

### **Artikel 12**

België is een kleine markt voor producenten en verdelers van mobiliteitshulpmiddelen. Als de aanvraag voor de erkenning van een hulpmiddel door de staatshervorming nu in drievoud zou moeten gebeuren, dan wordt die markt nog kleiner, wat ook een negatieve impact kan hebben op de kostprijs voor een mobiliteitshulpmiddel. Daarom wordt afgesproken om een systeem te ontwikkelen, waarbij een aanvraag tot erkenning van een hulpmiddel slechts één keer moet ingediend worden en waarbij iedere deelenentiteit – met uitzondering van de Duitse Gemeenschap – toch zijn autonomie behoudt wat betreft de erkenning van de hulpmiddelen en de vastlegging van het toe te kennen bedrag.

### **Artikel 13**

Het is belangrijk dat expertise en ervaring met betrekking tot mobiliteitshulpmiddelen kan worden gedeeld. Het aantal specialisten in die materie is immers vrij beperkt. Daarom verbinden de deelenentiteiten zich ertoe om hun adviescommissies open te stellen voor waarnemers uit de andere deelenentiteiten.

### **Artikel 14**

Daarnaast wordt een overlegorgaan gecreëerd waar de expertise uit de verschillende deelenentiteiten gebundeld wordt met het oog op kennisdeling en – waar mogelijk – met het oog op een afgestemd beleid inzake de erkenning van producten.

### **Artikel 15**

Gegevensuitwisseling vormt een belangrijk aspect van het samenwerkingsakkoord. Gegevensuitwisseling is een voorwaarde om bv. cumulregels toe te passen en hernieuwingstermijnen in rekening te brengen.

### **Artikel 16**

Dit artikel legt de datum van inwerkingtreding van het samenwerkingsakkoord vast en voorziet een uitzondering voor artikel 12 dat in werking treedt op een gemeenschappelijke datum bepaald door een besluit van elk van de bevoegde regeringen. Dit artikel regelt ook de opzeggingsmodaliteiten.

## **OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE DIENST VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP VOOR ZELFBESCHIKKEND LEVEN**

De Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven heeft op 7 september advies uitgebracht over het voorontwerp van decreet.

In dat advies werd de inhoud van het decreet en van het samenwerkingsakkoord zeer goed onthaald, omdat de continuïteit van de dienstverlening wordt veiliggesteld en de rechtszekerheid wordt gewaarborgd. Er werden ook enkele wijzigingen voorgesteld:

In verband met artikel 2 merkte de Dienst voor zelfbeschikkend leven op dat de bespreking van dat artikel in die zin zou kunnen worden opgevat dat het toepassingsgebied van het samenwerkingsakkoord zich beperkt tot de mobiliteitshulpmiddelen die bij de Zesde Staatshervorming werden overgedragen.

Dat is echter niet zo. In de bespreking van artikel 2 wordt uitgelegd dat in het kader van de Zesde Staatshervorming talrijke bevoegdheden werden overgedragen, maar dat het samenwerkingsakkoord alleen betrekking heeft op de mobiliteitshulpmiddelen. Uit de memorie van het voorontwerp van decreet kan worden opgemaakt dat het samenwerkingsakkoord niet alleen betrekking heeft op de mobiliteitshulpmiddelen die bij de Zesde Staatshervorming werden overgedragen, maar ook op de mobiliteitshulpmiddelen waarvoor de gemeenschappen tevoren al bevoegd waren.

In verband met de artikelen 6 en 8 merkt de Dienst voor zelfbeschikkend leven op dat uit die artikelen niet kan worden opgemaakt wanneer ze moeten worden toegepast.

Aangezien de artikelen en de bespreking ervan uit het oogpunt van de Regering en ook uit het oogpunt van de andere deelentiteiten duidelijk geformuleerd werden en de Dienst voor zelfbeschikkend leven bij dat proces betrokken was, worden in dit verband geen wijzigingen aangebracht.

#### BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

##### **Enig artikel**

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden  
A. ANTONIADIS

## VOORONTWERP

**Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschapscommissie, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de mobiliteitshulpmiddelen**

**Enig artikel** – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschapscommissie, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de mobiliteitshulpmiddelen.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President  
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden  
A. ANTONIADIS

**ADVIES VAN DE DIENST VOOR ZELFBESCHIKKEND LEVEN**

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

## **BIJLAGE**

**Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschapscommissie, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de mobiliteitshulpmiddelen**

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.

**Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaftskommission in Brüssel, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Mobilitätshilfen**

Aufgrund der Artikel 128, 130, 135 und 138 der Verfassung;

aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 5, § 1, II, 4;

aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 4;

aufgrund des Sonderdekrets der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

aufgrund des Dekrets der Französischen Gemeinschaftskommission das zweisprachige Gebiet Brüssel-Hauptstadt vom 4. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

aufgrund des Dekretes der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

In Erwägung, dass es erforderlich ist, die Dienstleistungskontinuität zu gewährleisten;

In Erwägung der Notwendigkeit, Rechtssicherheit für alle Betroffenen zu gewährleisten;

In Erwägung der Notwendigkeit, dass der Verwaltungsaufwand für die Nutzer und Anbieter von Mobilitätshilfen nicht aufgrund der Änderungen, die sich aus der sechsten Staatsreform ergeben, zunehmen sollte;

In Erwägung der Notwendigkeit, dass die Kontinuität der Gesundheitsleistungen zwischen den Teilstaaten sichergestellt sein muss;

ist zwischen der Flämischen Gemeinschaft, vertreten durch den Minister für Soziales, Volksgesundheit und Familie;

der Wallonischen Region, vertreten durch den wallonischen Minister für Soziales, Gesundheit und Chancengleichheit, öffentliche Verwaltung und administrative Vereinfachung;

der Deutschsprachigen Gemeinschaft, vertreten durch den Minister für Familie, Gesundheit und Soziales;

dem Vereinigten Kollegium der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, vertreten durch die für Personenbeistand zuständigen Mitglieder;

dem Kollegium der Französischen Gemeinschaftskommission, vertreten durch das für Familie und Behindertenpolitik zuständige Mitglied;

nachstehend „die Parteien des Abkommens“,

in gemeinsamer Ausübung ihrer jeweiligen Zuständigkeiten Folgendes vereinbart worden:

## **Kapitel 1. Begriffsbestimmungen**

**Artikel 1.** Für die Anwendung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens versteht man unter:

- 1° Teilstaaten: die Flämische Gemeinschaft, die Wallonische Region, die Französische Gemeinschaftskommission (COCOF), die Gemeinsame Gemeinschaftskommission (COCOM) und die Deutschsprachige Gemeinschaft;
- 2° Mobilitätshilfen: sowohl die Mobilitätshilfen, die aufgrund des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014 über die sechste Staatsreform den Gemeinschaften und Regionen übertragen und die zuvor über die Kranken- und Invalidenversicherung von der Föderalregierung erstattet wurden, als auch jene Mobilitätshilfen, die bereits im Rahmen der Zuständigkeit der Gemeinschaften für die Behindertenpolitik von diesen erstattet wurden (Art. 5, § 1, II, 4°, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über die institutionellen Reformen);
- 3° Wohnsitz: die Adresse, wo der Rechtsberechtigte wohnt im Sinne von Artikel 32, 3°, des Gerichtsgesetzbuchs;
- 4° Person: ein Rechtsberechtigter mit Anspruch auf eine Mobilitätshilfe.

## **Kapitel 2. Geltungsbereich**

**Artikel 2.** Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen betrifft die Mobilitätshilfen.

**Artikel 3.** Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen betrifft ausschließlich Personen mit Wohnsitz in Belgien sowie Personen, die auf Grundlage der europäischen und internationalen Vorschriften anspruchsberechtigt sind.

## **Kapitel 3. Grundlegende Prinzipien**

**Artikel 4.** Das Zusammenarbeitsabkommen zielt darauf ab, Dienstleistungskontinuität und Rechtssicherheit für alle betroffenen Akteure sicherzustellen.

## **Kapitel 4. Abkommen zwischen Teilstaaten**

### **Abschnitt 1: Rechtsberechtigter**

**Artikel 5.** §1 Der Wohnsitz der Person bestimmt, welcher Teilstaat für Beihilfen für Mobilitätshilfen zuständig ist. Der Wohnsitz bestimmt darüber, bei welchem Teilstaat der Antrag auf eine Mobilitätshilfe gestellt werden muss. Das Antrags- und das Zahlungsverfahren erfolgen gemäß den Regeln des Teilstaats, an den der Antrag gestellt wurde.

Bei der Anwendung des vorstehenden Abschnitts können in der zweisprachigen Region Brüssel-Hauptstadt lebende Personen ihren Antrag auf Erstattung entweder an das Büro der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission oder an die Pflegekasse des Sozialen Schutzes in Flandern (VSB) sowie bezüglich der Zusatzerstattung gemäß dem Artikel 63, Absatz 3, des Sondergesetzes über die Brüsseler Institutionen (SGBI) vom 12. Januar 1989 über eine

einzigste Anlaufstelle an die jeweilige Behörde stellen.

§2 Abweichend von §1 bestimmt der Unternehmenssitz des Arbeitgebers von Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes oder in der Schweiz haben, welcher Teilstaat zuständig ist, wenn die Personen aufgrund von europäischen Rechtsvorschriften oder internationalen Verträgen Anspruch auf Leistungen im Rahmen dieses Zusammenarbeitsabkommens haben.

Für die Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes oder in der Schweiz leben und Anrecht haben auf eine belgische Pension aufgrund von europäischen Rechtsvorschriften oder internationalen Verträgen, bestimmt der Betriebssitz des letzten Arbeitgebers, welcher Teilstaat zuständig ist.

§3 Jeder Teilstaat verwendet eigene Antragsformulare. Die Antragsformulare können auch von Ärzten und Indikationsstellern eines anderen Teilstaats ausgefüllt werden, sofern sie die Verfahren und Vorschriften des jeweiligen Teilstaats einhalten.

**Artikel 6.** Verlegt die Person ihren Wohnsitz in einen anderen Teilstaat, so werden die Antragsunterlagen dieser Person oder der von dieser Person zu benennenden Anlaufstelle übermittelt, sodass der neue Teilstaat mit diesen Unterlagen über alle relevanten Angaben verfügt, um laufende Anträge (Verleihsystem) oder neue Anträge bearbeiten zu können.

**Artikel 7.** Verlegt die Person, die im Rahmen des Verleihsystems über eine Mobilitätshilfe verfügt, ihren Wohnsitz in einen anderen Teilstaat, so hat sie Anrecht auf eine Verlängerung des Verleihzeitraums um drei Monate auf Kosten des Teilstaats ihres bisherigen Wohnsitzes. Dieser Zeitraum beginnt ab der Registrierung der Wohnsitzwechsels der Person durch die Gemeinde.

Während dieses Verlängerungszeitraums kann die Person somit einen neuen Antrag beim Teilstaat ihres neuen Wohnsitzes stellen.

**Artikel 8.** Falls die Person nach Stellung des Antrags in einen anderen Teilstaat umgezogen ist, dies bevor dieser eine Entscheidung getroffen hat, so wird das Verfahren in dem Teilstaat fortgeführt, in dem die Person seinen Antrag gestellt hat.

In Abweichung hiervon werden für einen Verleih im Falle eines Umzugs in das Gebiet eines anderen Teilstaats die Antragsunterlagen gemäß Artikel 6 übermittelt. Die Anlaufstelle des neuen Teilstaats stellt sicher, dass das Verfahren im neuen Teilstaat weitergeführt werden kann, nach Möglichkeit auf Grundlage der bestehenden Indikation.

**Artikel 9.** Verlegt die Person ihren Wohnsitz in einen anderen Teilstaat, so sind die Erneuerungsfristen jenes Teilstaats anwendbar, in dem diese anspruchsberechtigte Person ihren neuen Wohnsitz hat.

## **Abschnitt 2: Bandagisten/Orthopädietechniker für Mobilitätshilfen**

**Artikel 10.** Vorbehaltlich der Zulassungen durch die jeweiligen Teilstaaten vor dem 1. Januar 2019 werden die Bandagisten, die vor dem 1. Januar 2019 von der Föderalregierung zugelassen wurden, automatisch von dem Teilstaat zugelassen, wo sie ihren Unternehmenssitz haben, vorbehaltlich der jeweiligen spezifischen Rechtsvorschriften der Teilstaaten. Der Teilstaat hat das Recht, Zulassungen auszusetzen oder zu entziehen.

Die Bandagisten/Orthopädietechniker für Mobilitätshilfen, die in einem Teilstaat berechtigt sind, Vergütungen im Rahmen der Drittzahlerregelung zu empfangen, werden automatisch den Bandagisten/Orthopädietechnikern gleichgestellt, die in den anderen Teilstaaten entsprechend zugelassen sind.

Die Bandagisten mit Unternehmenssitz in der zweisprachigen Region Brüssel-Hauptstadt müssen eine Entscheidung treffen, um von der Flämischen Gemeinschaft oder der gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel zugelassen zu werden. Der andere Teilstaat wird diese Zulassung einer Zulassung durch diesen Teilstaat gleichstellen.

Jeder Teilstaat ist berechtigt, diese Gleichstellung zu entziehen oder auszusetzen, falls der Bandagist/Orthopädietechniker für Mobilitätshilfen die von dem Teilstaat festgelegten Bedingungen oder die in Artikel 11 genannten zusätzlichen Bedingungen nicht erfüllt. Der vorgenannte Entzug ist nur in dem Teilstaat rechtswirksam, in dem die Zulassung ausgesetzt oder entzogen wird.

Die Teilstaaten informieren sich gegenseitig über jeden Entzug oder Aussetzung einer Zulassung oder Gleichstellung.

**Artikel 11.** Unbeschadet des Artikels 10 kann jeder Teilstaat im Rahmen der Kostenübernahme für Mobilitätshilfen Bandagisten zusätzliche Kriterien auferlegen, etwa bezüglich ihrer Aus- und Weiterbildung. Diese Kriterien sind auch auf die in Artikel 10 genannten Bandagisten anwendbar, deren Unternehmenssitz sich in einem anderen als dem zuständigen Teilstaat befindet und die Leistungen im zuständigen Teilstaat erbringen.

Die Teilstaaten konsultieren einander, um diese Anforderungen zu präzisieren und die Kriterien so weit wie möglich aufeinander abzustimmen.

Die Prüfung der Einhaltung der zusätzlichen Kriterien kann gemäß dem in einem Ausführungszusammenarbeitsabkommen, wie definiert im Artikel 92bis, §1, Absatz 3, des Sondergesetzes über die institutionellen Reformen vom 8. August 1980, festzulegenden Verfahren vom zuständigen Teilstaat vorgenommen werden.

### **Abschnitt 3: Gemeinsame Produktliste**

**Artikel 12.** Um der Zerstückelung des Angebots von Mobilitätshilfen entgegenzuwirken und den Verwaltungsaufwand für die Hersteller und Lieferanten von Mobilitätshilfen zu verringern, arbeiten die Teilstaaten – mit Ausnahme der Deutschsprachigen Gemeinschaft – so zusammen, dass die Hersteller und Lieferanten für jedes Produkt nur einen einzigen Anerkennungsantrag einreichen müssen.

Hierzu legen die Teilstaaten gemeinsam im Rahmen eines Ausführungszusammenarbeitsabkommens, wie definiert im Artikel 92bis, §1, Abschnitt 3, des Sondergesetzes über die institutionellen Reformen vom 8. August 1980 die technischen Spezifizierungen für Mobilitätshilfen fest.

Darüber hinaus arbeiten die Teilstaaten eine gemeinsame Struktur und Logik für die Registrierung der Produktinformationen aus. Diese gemeinsame Struktur und Logik sollen zu einer gemeinsamen Produktliste führen, wobei jeder Teilstaat die erstattungsfähigen Produkte, das administrative Verfahren, die Bedingungen für die Gewährung der Beihilfe, die Erstattungskriterien und die Verlängerungsfristen eigenständig regelt.

### **Abschnitt 4: Beratungsausschüsse**

**Artikel 13.** Falls ein Teilstaat einen Beratungsausschuss einrichtet, der damit beauftragt ist, bezüglich der Anpassung der Liste der erstattungsfähigen Produkte sowie der Erstattungsbedingungen und -modalitäten zu beraten und Vorschläge abzugeben, so können die anderen Teilstaaten an den Sitzungen dieses Beratungsausschusses teilnehmen.

Die Vertreter der anderen Teilstaaten werden als Beobachter zu den Sitzungen des Beratungsausschusses der Teilstaaten eingeladen und haben kein Stimmrecht.

### **Abschnitt 5: Konzertierungsgremium**

**Artikel 14.** Es wird ein Konzertierungsgremium eingerichtet, in dem die Teilstaaten ihre Fachkenntnisse, Expertise und Erfahrungen austauschen können. Das Ziel dieses Konzertierungsgremiums ist es, eine kohärente Politik der Teilstaaten bezüglich der Produktanerkennung zu fördern, ohne die Autonomie der einzelnen Teilstaaten zu beschneiden. Auch die in Artikel 12 genannten technischen Spezifizierungen werden in diesem Konzertierungsgremium ausgearbeitet.

Das Konzertierungsgremium setzt sich aus Vertretern der jeweiligen Verwaltungen zusammen und kann auf Ad-hoc-Basis um Fachleute aus den jeweiligen Beratungsausschüssen der Teilstaaten und aus den mit der Umsetzung betrauten Einrichtungen ergänzt werden.

### **Abschnitt 6: Informationsaustausch**

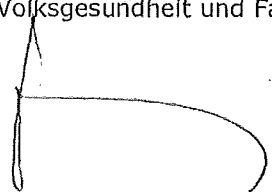
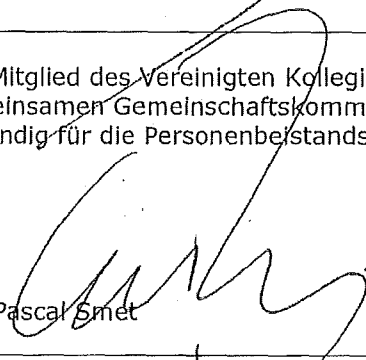
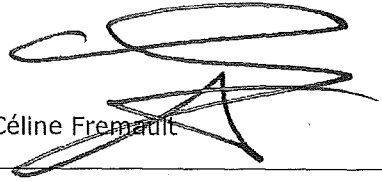
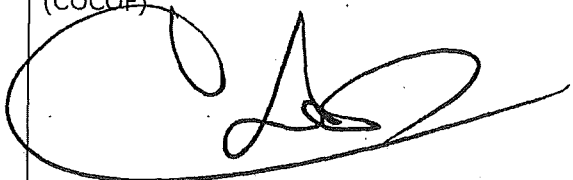
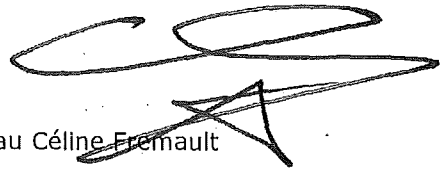
**Artikel 15.** Die Teilstaaten verpflichten sich, alle für die Umsetzung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens erforderlichen Informationen untereinander auszutauschen.

### **Kapitel 5. Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens**

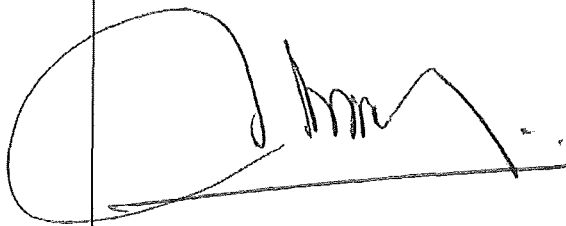
**Artikel 16.** Mit Ausnahme von Artikel 12, der zu einem gemeinsamen, per Beschluss der einzelnen zuständigen Regierungen festgelegten Datum wirksam wird, tritt das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen am 1. Januar 2019 in Kraft.

Jede Partei kann das Abkommen mittels schriftlichen Bescheids an alle anderen Parteien und einer Kündigungsfrist von einem Jahr beenden.

Unterzeichnet in Brüssel am **24 JUL 2018**, auf Niederländisch, Französisch und Deutsch in einer einzigen Originalausfertigung, die bei der Flämischen Gemeinschaft hinterlegt wird, der die Erstellung der beglaubigten Kopien sowie die Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt obliegen.

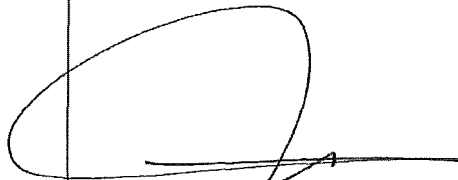
|                                                                                                                                                                                                                       |                                                                                                                                                                                                                                                             |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Der Ministerpräsident der Flämischen Gemeinschaft</p>  <p>Herr Geert Bourgeois</p>                                                | <p>Der flämische Minister für<br/>Soziales, Volksgesundheit und Familie</p>  <p>Herr Jo Vandeuren</p>                                                                     |
| <p>Der Vorsitzende des Vereinigten Kollegiums<br/>der Gemeinsamen<br/>Gemeinschaftskommission</p>  <p>Herr Rudi Verwilt</p>         | <p>Das Mitglied des Vereinigten Kollegiums der<br/>Gemeinsamen Gemeinschaftskommission,<br/>zuständig für die Personenbeistandspolitik</p>  <p>Herr Pascal Smet</p>      |
|                                                                                                                                                                                                                       | <p>Das Mitglied des Vereinigten Kollegiums der<br/>Gemeinsamen Gemeinschaftskommission,<br/>zuständig für die Personenbeistandspolitik</p>  <p>Frau Céline Fremault</p> |
| <p>Die Ministerpräsidentin des Kollegiums der<br/>Französischen Gemeinschaftskommission<br/>(COCOF)</p>  <p>Frau Fadila LAANAN</p> | <p>Das für Behindertenpolitik zuständige<br/>Mitglied der Französischen<br/>Gemeinschaftskommission (COCOM)</p>  <p>Frau Céline Fremault</p>                            |

Der Ministerpräsident der Wallonischen  
Regierung

A handwritten signature in black ink, featuring a large, stylized loop on the left and several smaller, connected strokes on the right.

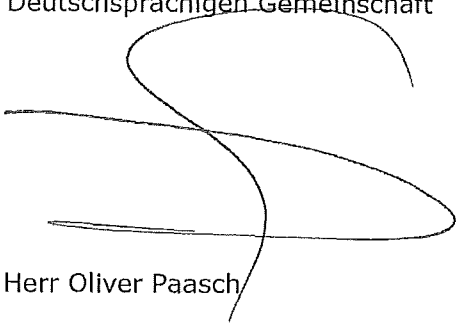
Herr Willy Borsus

Die Vize-Präsidentin und Wallonische  
Ministerin für Soziales, Gesundheit und  
Chancengleichheit, öffentliche Verwaltung  
und administrative Vereinfachung

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, open loop on the left and a series of horizontal and diagonal strokes on the right.

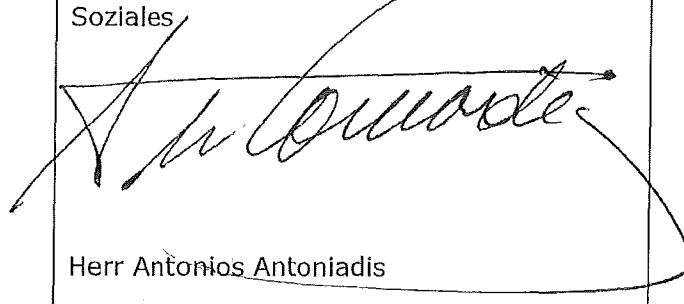
Frau Alda Greoli

Der Ministerpräsident der  
Deutschsprachigen Gemeinschaft



Herr Oliver Paasch

Der Minister der Deutschsprachigen  
Gemeinschaft für Familie, Gesundheit und  
Soziales



Herr Antonios Antoniadis